presse

Jetzt Reformkommission zum Bildungsföderalismus einsetzen

Anlässlich der mehrtägigen 5. Wissenschaftskonferenz der GEW in Schleswig-Holstein erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Die Föderalismusdebatte nimmt Fahrt auf: die im Bundestag vertretenen Parteien und immer mehr Landtagsfraktionen halten die gegenwärtige Verfassungslage für eine gute Bildungspolitik für unzureichend. Auch wenn sich die Vorstellungen über mögliche Verfassungsänderungen in Ansatz wie in Reichweite durchaus unterscheiden, so ist doch eine Gemeinsamkeit festzuhalten: die politischen Kräfte sind durch die Bank offen für eine Verfassungsänderung für mehr Zusammenarbeit in der Bildungspolitik. Daher ist es nun an der Zeit, den politischen Willen zu bündeln und in einer Kommission von Bund und Ländern einen gemeinsamen Vorschlag zu entwickeln. Jetzt kommt es darauf an, miteinander zu reden und Kompromisse auszuloten.

Die Zeit drängt, da die Finanzlage der Länder und Kommunen nicht besser wird. Die von Baden-Württemberg und Bayern angeregte Verfassungskommission zur Finanzlage der Länder betrifft direkt die künftigen bildungspolitischen Spielräume. Finanzbedarfe können aber erst dann sinnvoll bestimmt werden, wenn klar ist, wie die politischen Ebenen in einer geänderten Verfassung für bessere Bildung zusammenwirken und dies auch finanzieren können.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION